

Wird Maria Luis Albuquerque neue EU-Finanzkommissarin?

Frank Rottenbacher

© AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V

Der Bundesverband Finanzdienstleistung AfW begrüßt die Bestätigung von Maria Luis Albuquerque als mögliche neue EU-Kommissarin für Finanzdienstleistungen. Nach einer intensiven Anhörung am 6. November vor dem ECON-Ausschuss des Europäischen Parlaments erhielt Albuquerque die Bestätigung des Ausschusses. Die endgültige Abstimmung über das gesamte Kommissionskollegium ist für den 27. November vorgesehen.

Schutz von Kleinanlegern und Finanzbildung

Albuquerque betonte die Bedeutung des Schutzes und der Stärkung von Kleinanlegern. Neben der Bereitstellung von Informationen sieht sie verstärkte Maßnahmen zur Finanzbildung als zentral, um Bürgerinnen und Bürger in die Lage zu versetzen, fundierte finanzielle Entscheidungen zu treffen. Vertrauen in das Finanzsystem sei laut Albuquerque eine essenzielle Grundlage.

Harmonisierung der Finanzvorschriften

Ein weiterer Schwerpunkt ihrer Anhörung war die Harmonisierung der Finanzvorschriften innerhalb der EU. Eine einheitliche Regulierung und grenzüberschreitende Aufsicht sollen die Wettbewerbsfähigkeit der EU stärken und die Konsolidierung des Finanzmarktes fördern. Harmonisierte Rahmenbedingungen könnten auch die Arbeit unabhängiger Vermittlerinnen und Vermittler erleichtern.

Nachhaltigkeit als zentrales Thema

Nachhaltigkeit spielte ebenfalls eine zentrale Rolle in der Anhörung. Frau Albuquerque hob hervor, dass verlässliche regulatorische Rahmenbedingungen notwendig sind, um Greenwashing zu verhindern und den Übergang zu einer nachhaltigen Finanzwirtschaft zu fördern.

„Die hier genannten Schwerpunkte von Frau Albuquerque – Finanzbildung, Verbraucherschutz und Nachhaltigkeit – zeigen, dass sie sich mit wichtigen Anliegen der Verbraucherinnen und Verbraucher sowie der Finanzbranche befasst“, so AfW-Vorstand Frank Rottenbacher. „Es bleibt abzuwarten, wie diese Themen konkret angegangen werden. Für unabhängige Vermittler sind pragmatische Rahmenbedingungen, die eine weitere unabhängige Berufsausübung ermöglichen, von entscheidender Bedeutung, und der AfW wird den Prozess weiterhin aktiv begleiten.“

Besonders gespannt blickt der AfW auf die Haltung Albuquerques zum Thema Provisionsverbot, nachdem ihre Vorgängerin Mairead McGuinness ein mögliches Verbot vorgeschlagen hatte. Der AfW wird die Entwicklungen in Brüssel weiterhin aufmerksam verfolgen und sich dafür einsetzen, dass die Interessen der unabhängigen Vermittlerinnen und Vermittler in den Entscheidungsprozessen angemessen berücksichtigt werden.

Pressekontakt:

AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V.

Telefon: 030 / 63 96 43 7 - 0

Fax: 030 / 63 96 43 7 - 29

E-Mail: office@afw-verband.de

Unternehmen

AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V
Kurfürstendamm 37
10719 Berlin

Internet: www.bundesverband-finanzdienstleistung.de

Über AfW - Bundesverband Finanzdienstleistung e.V

Der Bundesverband Finanzdienstleistung AfW e.V. ist der Berufsverband unabhängiger Finanzberater:innen. Circa 40.000 Versicherungs-, Kapitalanlage- und Immobiliardarlehensvermittl:innen werden durch seine ca. 2.100 Mitgliedsunternehmen repräsentiert. Er wurde 1992 gegründet.

Der AfW ist gefragter Gesprächspartner der Politik im gesamten Bereich der Finanzdienstleistung. Sein aktives Engagement ist Garant dafür, dass die Interessen der unabhängigen Finanzberater:innen in Politik, Wirtschaft und Presse wahrgenommen und berücksichtigt werden. Er ist als Interessenverband beim Deutschen Bundestag und beim Europäischen Parlament akkreditiert und engagiert sich in diversen Brancheninitiativen insbesondere auch zum Thema Nachhaltigkeit in der Finanz- und Versicherungswirtschaft.

Die Arbeit des AfW wird durch eine große Anzahl von Fördermitgliedsunternehmen unterstützt.